

# Die Woche im Bundestag



**CDU CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

## SPICKZETTEL DES TAGES

Liebe Bundesregierung,  
am Montag kündigte der Gesundheitsminister noch an, die Isolation wird ab Mai freiwillig. Ein Tag später kassiert er seine Entscheidung bei Lanz ein. Unverlässliche Ankündigungen machen die Bürger mürrisch!

Deine  
**CDU CSU**

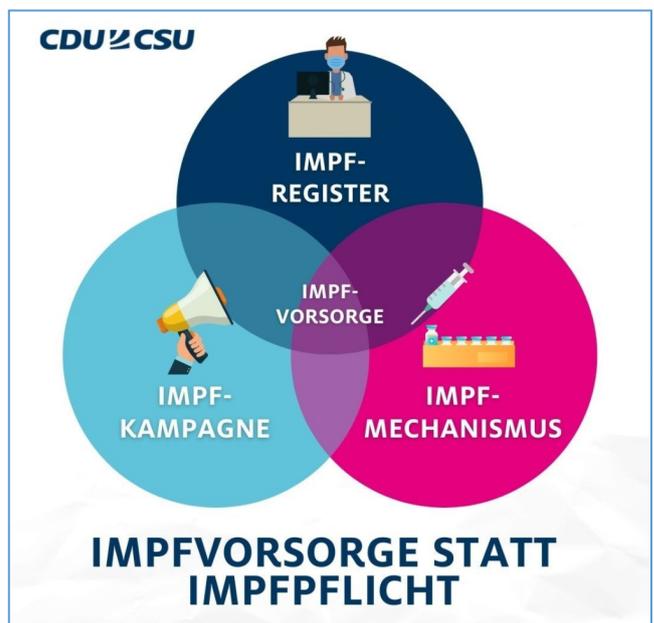
### Koalition mit Impfpflicht gescheitert

Eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 wird es in Deutschland vorerst nicht geben. Keiner der Anträge, die dazu im Bundestag beraten wurden, fand eine Mehrheit. Auf den letzten Metern versuchten die Vertreter der Ampel, die von Anfang an nicht zu einer eigenen Positionierung in der Frage einer Impfpflicht in der Lage waren, sich durch hektische, kurzfristige Neupositionierungen und Verfahrenstricks zur bloßen Gesichtswahrung in irgendein Ergebnis zu retten.

Die Unionsfraktion bleibt aber gesprächsbereit und wirbt weiterhin für ihr Konzept einer Impfvorsorge. Wir haben uns der Verantwortung gestellt und früh ein schlüssiges, ausgewogenes Konzept vorgelegt. Unser Plan sieht anstelle einer allgemeinen Impfpflicht die Einführung eines Impfregisters und regel-

mäßige Berichte der Regierung an das Parlament über den Stand der Pandemie vor. Sollten im Herbst neue Virusvarianten auftauchen und dann ein wirksamer Impfstoff vorhanden sein, könnte der Bundestag eine Impfpflicht scharfschalten. Diese würde in Stufen eingeführt werden – gestaffelt nach Alter, gesundheitlicher Vorbelastung und beruflichem Risiko. Ein solches Vorgehen ist angemessen, geeignet und verhältnismäßig – genau so, wie das Bundesverfassungsgericht es verlangt.

Hinter diesem Antrag hätten sich auch diejenigen Abgeordneten versammeln können, deren Gruppenantrag für eine bestimmte Art der Impfpflicht keine Mehrheit erzielt hat. Bedauerlicherweise haben die übrigen Fraktionen im Deutschen Bundestag einen anderen Weg gewählt.



# Schärfere Sanktionen gegen Russland



Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit. Für uns folgt daraus: Erstens braucht die Ukraine mehr Waffen. Bundeskanzler Scholz muss bei der Unterstützung der Ukraine endlich das Heft des Handelns ergreifen. Er muss den unwürdigen Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium beenden. Zweitens muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen. Drittens müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen.

Unsere Aufforderung an die Bundesregierung gilt auch bei der Hilfe für die Opfer des Krieges, insbesondere die geflüchteten Frauen und Kinder. In unserem Leitantrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann.

Wie die Kinder bestmöglich betreut werden, treibt auch die **familienpolitische Sprecherin Silvia Breher** um. „Wir müssen jetzt dringend Integrations- und Sprachkurse deutlich ausbauen und mit der Kinderbetreuung aufeinander abstimmen“, sagt sie. Und sie schlägt vor, ukrainische Frauen als Erziehungshelferinnen einzubeziehen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich einen Masterplan umzusetzen. Die Ampel lässt einen solchen weiter vermissen. Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Institutionen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlischen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat große Auswirkungen auf die Versorgung mit Lebensmitteln – auf der Welt und auch in Deutschland. Die Bundesregierung muss jetzt die notwendigen Schritte einleiten, damit es nicht zu weltweiten Knappheiten kommt und bei uns die Preisanstiege nicht überhandnehmen. Die deutschen Landwirte sollen einen möglichst großen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten. Deshalb muss die Bundesregierung unseren Landwirten endlich gestatten, alle verfügbaren Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen. Wie das gehen kann, zeigen wir in unserem Antrag auf.

Darüber hinaus müssen wir die sozialen Folgen von Preissteigerungen und Inflation im Blick behalten. Wir müssen die Auswirkungen der steigenden Preise für die Menschen in Deutschland stärker dämpfen. Das in dieser Woche vorgelegte Regierungspaket kann nur ein erster Anfang sein. Da muss mehr kommen. Wir brauchen Entlastungen für Alleinerziehende, für Pendler, für Selbstständige. Aber auch für kleine und große Unternehmen, deren Geschäftsgrundlagen durch den Preisanstieg in Frage gestellt werden.



#MasterplanJETZT / UKRAINISCHEN KRIEGSFLÜCHTLINGEN HELFEN

## Deutschland braucht starke LNG-Anbindung



Der Bundestag hat in dieser Woche über den Antrag „LNG-Infrastruktur in norddeutschen Häfen stärken“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beraten. Dazu erklärt **der niedersächsische Bundestagsabgeordnete Oliver Grundmann:**

„In Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven muss jetzt der Turbo gezündet werden. Staatliche Beteiligungen an einzelnen Standorten dürfen dabei nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Das sind Bremsklötze, die jetzt keiner braucht. Und vor allem müssen endlich die Netzentgelte runter. Im europäischen Vergleich haben wir die höchsten überhaupt. Wenn das so bleibt, macht der LNG-Weltmarkt weiterhin einen großen Bogen um Deutschlands Küsten“

## Vorfahrt für Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion

Die EU-Agrarminister haben in dieser Woche in Luxemburg über die Maßnahmen der EU-Kommission zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beraten. Dazu erklärt **der agrar- und ernährungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Stegemann:**

„Wir brauchen keine weiteren Lippenbekenntnisse von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, wenn es um die Ernährungssicherung geht. Er muss endlich liefern.“

Die EU-Kommission macht deutlich, dass der russische Angriffskrieg eine globale Preisspirale bei Agrargütern ausgelöst hat. Allein 25 Millionen Tonnen Weizen aus der Ukraine und aus Russland können nach Einschätzung der EU-Kommission in diesem Jahr nicht auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Hinzu kommen die Preisschocks bei Düngemitteln und weiteren wichtigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln. Die Konsequenzen sind gestiegene Lebensmittelpreise, die alle Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland tagtäglich beim Einkauf erleben. Darüber hinaus, und das muss Minister Özdemir klar sein, bedrohen die hohen Preise direkt die Ernährungssicherheit von vielen Millionen Menschen.

Deutschland muss sich in der EU auf die richtige Seite stellen. Die landwirtschaftliche Erzeugung darf nicht einseitig weiter extensiviert werden, sondern muss nachhaltig er-



höht werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit, mehr Ackerfläche für die Produktion zur Verfügung zu stellen. Europa ist landwirtschaftlich gesehen ein Gunststandort mit den höchsten Erträgen. Im Durchschnitt werden in der EU pro Hektar 5,3 Tonnen Weizen geerntet. In der Ukraine sind es 4,3 Tonnen Weizen pro Hektar.

Die CDU/CSU-Fraktion hat in dieser Woche einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der Maßnahmen enthält, um zielgerichtet dieser globalen Krise zu begegnen.“

## Die Woche im Plenum



#MasterplanJETZT / UKRAINISCHEN KRIEGSFLÜCHTLINGEN HELFEN

### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

**Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche.** Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist überwältigend. Unzählige engagieren sich ehrenamtlich: Das verdient großen Dank und Anerkennung. Die Bundesregierung aber hinkt hinterher. Es gibt nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan, keine flächendeckende Registrierung bei der Ankunft und kein wirksames Schutzkonzept für die Kriegsflüchtlinge. In den weit überwiegenden Fällen sind das derzeit Frauen und Kinder. Den Schutz für sie müssen wir jetzt in den Vordergrund stellen und ihre Integration ermöglichen. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingt. Mit unserem Leitantrag fordern wir die Bundesregierung auf, die dringend notwendigen Schritte umzusetzen.

**Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht alleine lassen.** In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Insbesondere die Heizkosten und die Preise für Lebensmittel haben sich stark verteuert. Auch Mieten und Immobilienpreise sind in vielen Regionen angestiegen. Dies gilt insbesondere für Ballungsräume, in denen viele Alleinerziehende leben. Alleinerziehende tragen alleine eine doppelte Verantwortung. Sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit und müssen dafür Abstriche beim Verdienst machen. Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben, das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen; kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einzuführen sowie den

Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anzuheben.

**Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten.** Mit diesem Antrag legen wir als Unionsfraktion ein umfassendes Konzept vor, um die Nahrungsmittelversorgung angesichts der Verwerfungen durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zu sichern. Wir richten die notwendigen agrarpolitischen, handelspolitischen und entwicklungspolitischen Forderungen an die Bundesregierung. So stärken wir die Ernährungssicherheit. Insbesondere auf nationaler Ebene muss die Bundesregierung u.a. unverzüglich auf ökologischen Vorrangflächen den Anbau auch von Feldfrüchten – die nicht zur Erzeugung von Tierfutter dienen – erlauben. So wie es die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan zur Ernährungssicherung den EU-Staaten ausdrücklich eingeräumt hat.

**Für eine schnelle und umfassende Unterstützung der Republik Moldau.** Deutschland und die EU stehen in der besonderen Pflicht, zum Schutz der Nachbarstaaten Russlands vor einer neuerlichen Aggression beizutragen. Moldau leistet seit dem russischen Überfall auf die Ukraine einen enormen, überproportional großen Anteil bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Mit diesem Antrag richten wir konkrete Forderungen an die Bundesregierung, um die Resilienz Moldaus zu erhöhen. Dafür muss die Bundesregierung alle Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit – einschließlich der Budgethilfe – einsetzen sowie die Mittel der humanitären Hilfe für Moldau sofort und umfassend zu erhöhen.



**Die deutsche G7-Präsidentschaft nutzen – In schwierigen Zeiten Führung zeigen.** Deutschland hat am 1. Januar 2022 die G7-Präsidentschaft übernommen. Die internationalen Partner richten hohe Erwartungen an die Bundesrepublik

Deutschland, sich international aktiv und mit dem gesamten Instrumentenkasten – diplomatisch, humanitär, entwicklungspolitisch und militärisch – einzubringen. Mit diesem Antrag richten wir als Unionsfraktion notwendige Forderungen an die neue Bundesregierung: Sie muss die G7-Präsidentschaft zu nutzen, um diesen einzigartigen weltweiten Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken. CDU und CSU erwarten von der Ampel, dass sie die G7 als Kern einer weltweiten „Allianz der Demokratien“, die ihre gemeinsamen Werte gegen autokratische Ansprüche verteidigt, ausbaut und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft Großbritanniens anknüpft.



**Rohstoffversorgung sicherer machen – Stoffkreisläufe schließen.** Kreislaufwirtschaft ist ökologisch erforderlich und wirtschaftlich dringlich. Die Potenziale der Kreislaufwirtschaft sind in Deutschland bislang noch nicht ausgeschöpft. In unserem Antrag richten wir konkrete Forderungen in einer Vielzahl von Handlungsfeldern an die Bundesregierung: Wir brauchen zusätzliche Schritte, um bei der Produktgestaltung auf Abfallarmut hinzuwirken, mehr Einsatz von Sekundärrohstoffen gemeinsam mit der Wirtschaft zu erreichen, das Batterierecycling zu verbessern. Außerdem müssen wir die internationale Zusammenarbeit weiter verbessern und den Export von Abfällen außerhalb der EU endlich verbieten.

**Europas Wettbewerbsfähigkeit erhalten – Die wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen im atlantischen Raum stärken.** Gesetz zum umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) vom 30. Oktober 2016 zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits. Mit unserem Antrag und dem korrespondierenden Gesetzentwurf nehmen wir eine klare handels-

politische Standortbestimmung der Unionsfraktion vor. In Abgrenzung zur teils widersprüchlichen Position der Ampel-Koalition in der Handelspolitik geben wir ein deutliches Signal für Freihandel und vertiefte transatlantische Beziehungen. Am 21. September 2017 ist CETA vorläufig in Kraft getreten – für die Bereiche, die in ausschließlicher Zuständigkeit der EU liegen. Damit CETA vollständig in Kraft treten kann, muss es noch von den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Deutschland hat das Abkommen bisher noch nicht ratifiziert. Die Bundesregierung muss zügig liefern und ihre internen Streitigkeiten zurückstellen.

**LNG-Infrastruktur in norddeutschen Häfen stärken.** Durch den Ukraine-Krieg ist deutlich geworden: Wir brauchen mehr Investitionen in die Infrastruktur für den Energieimport. Nur so können wir unabhängiger von russischen Öl- und Gasimporten werden. Mit diesem Antrag richten wir eine Reihe von konkreten Forderungen an die Bundesregierung: Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur für den Energieimport. Die Häfen in Norddeutschland nehmen hierfür als Energiedrehkreuze eine Schlüsselfunktion ein. Wir müssen sicherstellen, dass die verschiedenen Energieträger in Deutschland ankommen und die Häfen international konkurrenzfähig bleiben. Deshalb sind Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen in deutschen Häfen notwendig.



## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte

**Beratung der Beschlussempfehlungen und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit zu mehreren Vorlagen zum Thema Impfpflicht.** In abschließender 2./3. Lesung befassten wir uns mit den Gruppenanträgen zur Ausgestaltung einer Impfpflicht. Dabei wird deutlich: Wir als Unionsfraktion haben einen guten Vorschlag, aber keine Mehrheit. Die Ampel hat eine Mehrheit, aber keinen gemeinsamen Vorschlag. Sie ist

weiterhin zerstritten. Derzeit sieht es so aus, als würde sich die Gruppe, die bisher eine Impfpflicht ab 18 Jahren fordert, auf die Gruppe, die eine „verpflichtende Impfberatung für Erwachsene und altersbezogene Impfpflicht ab 50 unter Vorbehalt“ einführen will und uns zubewegen. Zwischen dem vorgelegten Kompromissvorschlag und unserem Ansatz liegen aber immer noch „Welten“. Wir als Unionsfraktion stehen daher weiterhin zu unserem differenzierten und gut begründeten Antrag „Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land.“. Eine sofortige allgemeine oder altersbezogene partielle Impfpflicht lässt sich aus unserer Sicht anhand der derzeitigen Lage der Pandemie nicht überzeugend begründen.



In 1. Lesung haben wir den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz)** beraten. Wir unterstützen die zusätzliche Anerkennung für die Beschäftigten im Pflegebereich. Allerdings ist das von der Ampel gewählte Verfahren sehr bürokratisch und langwierig, eine Auszahlung dürfte daher erst im Frühsommer erfolgen. Zudem werden bestimmte Berufsgruppen – wie etwa Medizinische Fachangestellte oder Beschäftigte im Rettungsdienst – nicht berücksichtigt. Das ist nicht nachvollziehbar. In unserem Antrag „Bonuszahlung für Leistung der Medizinischen Fachangestellten, Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Beschäftigter im Rettungswesen in der Corona-Pandemie – Nachhaltige Stärkung des Berufsbilds der Medizinischen Fachangestellten jetzt voranbringen“ machen wir deshalb Vorschläge, wie der Bonus besser und vor allem gerechter ausgestaltet werden kann.

Mit dem Vorschlag der Ampel für ein **Steuerentlastungsgesetz 2022**, das wir in 1. Lesung beraten haben, legt die Bundesregierung ihren kleinsten gemeinsamen Nenner für

eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vor. Mehr war offensichtlich für die Steuerzahler in unserem Land nicht drin. Die Lage zeigt aber dringenden Handlungsbedarf: Die Menschen in Deutschland leiden weiterhin an den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Die in diesem Frühjahr erwartete wirtschaftliche Erholung ist aufgrund des Überfalls Russlands auf die Ukraine bedroht. Die anhaltende hohe Inflation belastet alle Bürger weiterhin stark. Dem stellen wir mit unserem Antrag „Mut zu wesentlichen steuerlichen Hilfsmaßnahmen“ klare Forderungen für eine weitergehende steuerliche Entlastung entgegen. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Stabilisierung der Wirtschaft reichen bisher nicht aus. Aufgrund der starken Inflation müssen wir Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen stärker entlasten. Wegen einer möglichen Verschärfung der bestehenden Wirtschaftskrise ist es zudem dringend geboten, die Eigenkapitalbasis der krisengeschlagenen Unternehmen zu stärken.



*Wir wünschen ein gesegnetes Osterfest!*



**CDU** **CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*